

Rede zu AfD Antrag

Kreistag am 24.03.23

Liebe Menschen oder lieber Herr Kreistagsvorsitzender Ruffert, liebe Abgeordnete,

Was soll ich zu diesem unsäglichen Antrag der AfD sinnstiftendes sagen?

Eigentlich wäre jede Sekunde, die ich mich hier als Frau damit beschäftige, vergeudete Lebenszeit.

Aber dennoch muss ich Sie, werte parlamentarische Vertreterinnen und Vertreter der AfD etwas fragen?

Was soll dieser Antrag? Welches Wähler:innen-Klientel wollen Sie mit diesem Antrag erreichen?

Was ist in Ihrer Sozialisation, in Ihrem Wertekorsett in einer freien, demokratischen, pluralistischen, bunten und in allen Facetten vielfältigen Gesellschaft so in eine offensichtliche Schiefelage geraten?

Oder kupfern Sie einfach Anträge anderer Partei-Kolleg:innen in anderen hessischen Parlamenten ab, um auch hier im Landkreis damit bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen mit einem solch – mensch muss es einfach so sagen – unfassbar dämlichen Antrag zu punkten?

Denn, es ist ja Landtagswahl im Herbst.

Schreiben Sie doch lieber mal einen sinnvollen Antrag zu lokalen Klimaschutzmaßnahmen, zur Stärkung sozialer Initiativen im Landkreis, zur Verbesserung der Lebensumstände der vor Krieg und Hunger flüchtenden Frauen, Männer und Kinder aus der Ukraine oder in anderen Ländern in Afrika oder des Nahen Ostens, in denen diese Menschen von Tod oder Vertreibung bedroht sind. Oder setzen Sie sich für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien ein.

Stattdessen dies,...

Ich zitiere lieber mal den Rechtsextremismusforscher Benno Hafener und seine Kollegin, Erziehungswissenschaftlerin Hannah Jestedt, die ihre ParteikollegInnen der AfD im Jahr 2019 zwölf Monate lang im hessischen Landtag beobachtet hatten.

„Die AfD signalisiert damit, was und wen sie beobachtet, öffentlich macht, wem sie angebliches ‚Fehlverhalten‘ nachweisen, was und wen sie einschüchtern, diskreditieren, denunzieren, vorführen und unter Druck setzen will.“

Den Grund erkennen die beiden Erziehungswissenschaftler:innen darin, dass der AfD „die ganze Richtung einer Politik nicht passt, die eine offene und liberale, demokratiefördernde und pluralistische Gesellschaft favorisiert“ => so umschreibt der FR-Redakteur Pit von Bebenburg in einem Beitrag in der Frankfurter Rundschau vom 1. Juni 2020 den Politikstil ihrer Partei.

„Die Würde des Menschen...“ (und so meine Ergänzung aller Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und auch welcher sexuellen Orientierung sie sich zugehörig fühlen) „ist unantastbar“, heißt es im wichtigsten Artikel 1 unseres Grundgesetzes.

Und dies gilt für mich auch für die Nutzung der Sprache. Diese hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik ebenso weiterentwickelt, wie unsere heutige Gesellschaft, die sie leider so vehement mit ihrer rückwärtsgewandten Politik ablehnen.

Da hilft es auch nicht, dass Sie sich plötzlich in Ihrer Begründung Sorgen machen, dass Menschen mit Migrationshintergrund, und ich zitiere aus Ihrer Begründung „um deren Integration wir uns als Gesellschaft bemühen, nicht an einer unverständlichen Sprache scheitern“ (Zitat Ende).

Würden Sie wirklich so viel Engagement mit Ihrer Partei in „tatsächliche, ehrlich gemeinte Integrationsarbeit stecken“, wäre uns mehr geholfen als mit Ihrem vorliegenden Antrag.

Mein wirklich ernstgemeinter Rat: Lesen Sie einmal ausführlich unseren Änderungsantrag, den nur Frauen im Team verfasst haben. Kernaussage darin:

„Durch einen sensiblen Sprachgebrauch tragen wir aktiv zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zu einer wertschätzenden Ansprache aller bei. Die Verwendung von Sternchen, Punkt, Doppelpunkt oder Unterstrich entspricht am ehesten einer geschlechtergerechten Sprache, weil sie alle Geschlechter und sexuellen Identitäten sichtbar macht und verhindert, dass sich Menschen jenseits der traditionellen Geschlechterrollen ausgeschlossen fühlen.“